

Direkte Demokratie in der Schweiz

Neue Erkenntnisse aus der
Abstimmungsforschung

Hans-Peter Schaub
Marc Bühlmann (Hrsg.)

demokratie schweiz / démocratie suisse

Direkte Demokratie in der Schweiz

Neue Erkenntnisse aus der
Abstimmungsforschung

Hans-Peter Schaub und Marc Bühlmann (Hrsg.)

Die Reihe «ds démocratie.suisse/demokratie.schweiz», herausgegeben von Marc Bühlmann, Sean Mueller und Pascal Sciarini, bietet eine Plattform für politikwissenschaftliche Beiträge zur Schweiz. Beleuchtet werden die spezifischen Eigenheiten des politischen Systems, seine Institutionen und politischen Prozesse, seine Akteure sowie ausgewählte Politikfelder und Entscheide.

ds démocratie.suisse / demokratie.schweiz

Direkte Demokratie in der Schweiz

Neue Erkenntnisse aus
der Abstimmungsforschung

Hans-Peter Schaub

Marc Bühlmann (Hrsg.)



Die Herausgeber bedanken sich sehr herzlich bei den drei folgenden Stiftungen, die das Erscheinen dieses Buches mit Beiträgen an die Druckkosten unterstützt haben:

UniBern Forschungsstiftung

UniBern | Forschungsstiftung
| Berne University Research Foundation

Fondation Johanna Dürmüller-Bol



Schweizer Demokratie Stiftung. Die Schweizer Demokratie Stiftung setzt sich für die nachhaltige Demokratieförderung unter besonderer Berücksichtigung von bürgerorientierten, partizipativen und direktdemokratischen Entwicklungen weltweit ein.

www.swissdemocracy.foundation

SWISS
DEMOCRACY
FOUNDATION
SCHWEIZER
DEMOKRATIE
STIFTUNG

Publiziert von
Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen AG
Zürich und Genf
www.seismoverlag.ch
buch@seismoverlag.ch

Texte © 2022 Die Autor:innen

Umschlag: Wessinger und Peng, Zürich und Stuttgart



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen (CC BY-NC-ND 4.0) International Lizenz

ISBN 978-3-03777-257-7 (Print)
ISBN 978-3-03777-822-7 (PDF)
ISSN 2674-1008 (Print)
ISSN 2674-1016 (PDF)

<http://doi.org/10.33058/seismo.30822>

Der Seismo Verlag wird vom Bundesamt für Kultur für die Jahre 2021–2024 unterstützt.

Inhalt

	Vorwort: Volksrechte in der Schweiz – vom historischen Sonderfall zum modernen Referenzfall <i>Adrian Schmid und Bruno Kaufmann</i>	7
1	Einleitung: Funktioniert die direkte Demokratie in der Schweiz? <i>Hans-Peter Schaub und Marc Bühlmann</i>	11
2	Die Volksinitiative: Nur ein weiteres parlamentarisches Instrument? <i>Philippe E. Rochat, Thomas Milic und Nadja Braun Binder</i>	23
3	Die Unterschriftensammlung: Ein geeigneter Prüfstein für die Relevanz von Initiativen und Referenden? <i>Hans-Peter Schaub und Karin Frick</i>	43
4	Zur Ambivalenz der Digitalisierung direkter Demokratie <i>Wolf Linder</i>	69
5	Der Einfluss von «Multipack-Abstimmungen» auf die Entscheidungsqualität <i>Thomas Milic</i>	97
6	Mobilisierung durch Themen? Eine Analyse der Stimmbeteiligung an nationalen und kommunalen Abstimmungen <i>Martina Flick Witzig und Adrian Vatter</i>	117
7	Den Röschtigraben vermessen: Breite, Tiefe, Dauerhaftigkeit <i>Sean Mueller und Anja Heidelberger</i>	137
8	Wo die typischen Schweizer Stimmbürger:innen wohnen: Eine «Bellwether»-Analyse der Schweizer Kantone <i>Julien Jaquet und Pascal Sciarini</i>	159
9	Im Spannungsfeld zwischen Pariser Abkommen und direkter Demokratie: Unter welchen Bedingungen sind klimapolitische Abstimmungsvorlagen erfolgreich? <i>Isabelle Stadelmann-Steffen und Sophie Ruprecht</i>	179
10	Fluch oder Segen? Die Rolle der direkten Demokratie bei der Entwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik seit 1971 <i>Anja Heidelberger und Marlène Gerber</i>	203
11	Synthese: Neue Erkenntnisse zum Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz <i>Marc Bühlmann und Hans-Peter Schaub</i>	235
	Die Autorinnen und Autoren	249
	Online-Anhang: http://doi.org/10.48350/166932	

6 Mobilisierung durch Themen? Eine Analyse der Stimmbeteiligung an nationalen und kommunalen Abstimmungen

Martina Flick Witzig und Adrian Vatter

6.1 Einleitung

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die Schweiz durch eine relativ geringe Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen auf nationaler Ebene aus (Merkel & Ritzi 2017a, 29). Allerdings lassen sich zwischen den beiden Partizipationsformen deutlich unterschiedliche Streuungen feststellen. Während die Beteiligung bei Nationalratswahlen seit Ende der 1970er Jahre weitgehend stabil ist und sich zwischen 42 und 49 Prozent bewegt, sehen wir bei nationalen Abstimmungen eine grössere Varianz. Zwar erreichte die Hälfte aller eidgenössischen Vorlagen zwischen 2001 und 2018 Beteiligungswerte, die sich auf demselben Niveau bewegen wie die der Nationalratswahlen. Die andere Hälfte der Abstimmungen liegt jedoch ausserhalb dieses Bereichs und weist Extremwerte von 27 bzw. 63 Prozent auf¹. Die Vermutung liegt nahe, dass vorlagenspezifische Merkmale wie das Thema für die grosse Streuung verantwortlich sind und dazu führen, dass sich ein Teil der Stimmberechtigten selektiv beteiligt (Sciarini et al. 2016).

Dieser Vermutung möchten wir mit unserem Beitrag nachgehen und untersuchen, welche Themenbereiche bei Abstimmungen in der Schweiz auf nationaler und kommunaler Ebene wie häufig zur Debatte stehen. In einem zweiten Schritt geht es darum, für beide Staatsebenen zu untersuchen, ob die Themen mit der Höhe der Beteiligung in Zusammenhang stehen.

Relevant ist die Fragestellung unter anderem deshalb, weil die Beteiligung für die Akzeptanz (Input-Legitimität) und das Ergebnis (Output-Legitimität) einer Abstimmung mitentscheidend sein kann (Vatter et al. 2018).² Gemäss der «issue public»-Hypothese (Converse 1964) ist davon auszugehen, dass sich Bürger:innen für verschiedene Themen unterschiedlich stark interessieren. Dies beeinflusst ihren Informationsgrad (Iyengar 1990) und ihre Neigung, sich für ein bestimmtes Issue zu engagieren (Goidel & Nisbet 2006; Becker et al.

1 Eine noch etwas höhere Beteiligung (65,7 Prozent) wurde am 28.11.2021 beim fakultativen Referendum über die Änderung des Covid-19-Gesetzes erzielt. Diese Abstimmung liegt allerdings ausserhalb unseres Untersuchungszeitraums.

2 Wie relevant die Beteiligung für die Akzeptanz direktdemokratischer Entscheidungen ist, zeigt sich eindrücklich darin, dass einzelne Länder wie Dänemark, Irland, Italien, Holland und Portugal die rechtliche Gültigkeit von Volksentscheiden von einer Mindeststimmeteiligung abhängig machen (Vatter 2009, 140).

2010). So wurde das Scheitern des CO₂-Gesetzes [644]³ im Juni 2021 auch darauf zurückgeführt, dass gleichzeitig über die beiden Agrarinitiativen [641, 642] abgestimmt wurde. Vor allem Letztere sollen zu einer überaus hohen Mobilisierung der Stimmberechtigten in ländlichen Regionen geführt haben, wo die Skepsis gegenüber den beiden Initiativen wie auch gegenüber dem CO₂-Gesetz stark ausgeprägt war (Forster & Schäfer 2021). Das Beispiel verweist zugleich auf die Bedeutung des Abstimmungszeitpunkts und die Frage, welche Vorlagen zeitgleich an die Urne gelangen (Meredith 2009).

Überraschenderweise gibt es vergleichsweise wenig Forschung zur Frage, inwieweit die Beteiligung vom Thema der Abstimmung abhängt (Milic et al. 2014). Soweit hierzu Untersuchungen vorliegen, betreffen sie grösstenteils die USA und deuten auf einen positiven Zusammenhang zwischen moralpolitischen Abstimmungsvorlagen (z. B. Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe) und der Beteiligung hin. Für die Schweiz gibt es hingegen kaum Studien, die diese Fragestellung in den Mittelpunkt rücken, obwohl die Bevölkerung hier bei einer Vielzahl von Sachbereichen die Möglichkeit zur direktdemokratischen Mitsprache geniesst.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst geben wir in Abschnitt 6.2 einen Überblick über die einschlägigen theoretischen Ansätze sowie zum bisherigen Forschungsstand über den Zusammenhang von Themen und Beteiligung. In Abschnitt 6.3 beschreiben wir die verwendeten Daten und Methoden. Darauf folgt die Präsentation der Resultate (6.4). Diskussion und Fazit beschliessen den Beitrag.

6.2 Theorie und Forschungsstand

Erklärungen der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung basieren häufig auf einem von drei klassischen theoretischen Ansätzen (Milic et al. 2014, 384 ff.; Heidelberg 2018, 28): Der mikrosoziologische Ansatz untersucht insbesondere den Einfluss von Variablen wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen oder Arbeitssituation auf die Abstimmungsbeteiligung. Der sozialpsychologische Ansatz geht demgegenüber davon aus, dass sich die genannten mikrosoziologischen Merkmale nicht direkt auf das politische Verhalten von Personen auswirken, sondern durch nachgelagerte psychologische Variablen vermittelt werden (Heidelberg 2018, 65). Als solche Variablen werden beispielsweise das Interesse an Politik, das Wissen darüber, das Pflichtbewusstsein oder Gewohnheitsaspekte verstanden (Heidelberg 2018, 52). Für unsere Frage, welchen Einfluss

3 Die in diesem Sammelband erwähnten Abstimmungsvorlagen werden mit ihren offiziellen Nummern in eckigen Klammern versehen. Dies ermöglicht es den Leser:innen, via [swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch) rasch mehr über die Vorlage zu erfahren. Die Eingabe von [swissvotes.ch/vote/\[NUMMER\]](https://www.swissvotes.ch/vote/[NUMMER]) in den Browser führt zu den zahlreichen von Swissvotes zur Verfügung gestellten Daten, Analysen und Originaldokumenten.

die Abstimmungsthemen auf die Beteiligung haben, erscheint der dritte Ansatz am ertragreichsten, nämlich das Modell des rationalen Wählens, das auf Downs (1957) zurückgeht. Die Teilnahmeentscheidung wird dabei als rein instrumenteller Akt verstanden, dem Kosten-Nutzen-Abwägungen zugrunde liegen (Vatter & Nabholz 1995, 486). Variablen, die bei dieser Abwägung eine Rolle spielen können, sind die persönliche Betroffenheit von der Vorlage, die ihr zugeschriebene Relevanz, ihre Komplexität und Bindungswirkung sowie Erwartungen über die Knappheit des Abstimmungsergebnisses: Je weniger klar der Ausgang einer Abstimmung ist, desto eher übersteigt der erwartete Nutzen der Teilnahme die individuellen Kosten (Kirchgässner & Schulz 2005, 2). Das Abstimmungsthema spielt insbesondere in Zusammenhang mit der zugeschriebenen Relevanz (Suksi 1996; Svensson 1996; Wyller 1996; Nidegger 1993; Hedrick & Gherghina 2020) und der persönlichen Betroffenheit eine Rolle.

Die bisherige Forschungsliteratur hat unterschiedliche Befunde zu der Frage erbracht, welche Themen ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial aufweisen. Für die USA vermuten Damore und Nicholson (2014) einen positiven Effekt auf die Anzahl der Gruppen, die sich für oder gegen eine Vorlage engagieren, wenn es um «social issues» geht. Darunter verstehen sie ein recht umfangreiches Feld von Themen, das sowohl Fragen der Moralpolitik als auch die Festlegung von Minderheitenrechten umfasst (z. B. Zugang zu öffentlichen Ämtern für Personen ohne Bürgerrecht, Bestimmung von Amtssprachen). Die Autoren begründen ihre Annahme damit, dass es sich hierbei um Fragen handelt, die oft kontrovers diskutiert werden und tief verankerte Überzeugungen betreffen. Daneben sehen Damore und Nicholson (2014) bei Steuerfragen ein hohes Konfliktpotential innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit, was ebenfalls zu einer hohen Mobilisierung führen sollte. Auch weitere Studien stellen fest, dass gleichzeitig stattfindende Abstimmungen zu «social issues» (Biggers 2011, 8) bzw. zu Fragen der Moralpolitik (Grummel 2008; Schechter 2009) die Wahlbeteiligung erhöhen, dies insbesondere bei Zwischenwahlen. Unter «social issues» versteht Biggers (2011, 8) vor allem Fragen, die der Moralpolitik zugeordnet werden können (z. B. Abtreibung, Rechte von Homosexuellen, Stammzellenforschung), aber auch strafrechtliche Themen (Todesstrafe, Legalisierung von Drogen). Die Ergebnisse von LaCombe und Juelich (2019) lassen darauf schliessen, dass sich gewisse Themen unterschiedlich auf die Beteiligung bestimmter Altersgruppen auswirken. Sie finden heraus, dass «Millennials» sich vor allem dann an Abstimmungen beteiligt, wenn es um Massnahmen geht, von denen sie direkt betroffen ist (beispielsweise Legalisierung von Marihuana oder Hochschulreformen).

Für die Schweiz wurde die Frage, welche Themen besonders mobilisieren, bislang kaum untersucht. Dies dürfte unter anderen darauf zurückzuführen sein, dass häufig mehrere Vorlagen zu verschiedenen Themengebieten an demselben Termin zur Abstimmung kommen (vgl. dazu auch den Beitrag von Thomas Milic in diesem Band). Dies erschwert es, Aussagen über das Mobilisierungspotenzial der einzelnen Themen zu machen (siehe unten). Trotz dieses Umstands gehen Goldberg und Sciarini (2021) davon aus, dass vor allem Fragen

der internationalen Politik und der Energieversorgung ein hohes Mobilisierungspotenzial aufweisen. Auch Nai (2013, 63) findet positive Beteiligungseffekte, wenn die Abstimmung die Themenbereiche Aussenpolitik oder Verteidigung betrifft, zusätzlich sieht er auch bei sozialpolitischen Fragen eine erhöhte Mobilisierung. Als weitere für die Abstimmungsbeteiligung relevante Kontextfaktoren werden in der Literatur beispielsweise Merkmale der Kampagnen (Nai 2013), die Komplexität der Vorlagen (Goldberg et al. 2015), die Parteiloyalisierung oder makroökonomische Grössen (Bühlmann 2006) genannt.

Zum Zusammenhang zwischen Themen und der Beteiligung an kommunalen Abstimmungen gibt es nur wenig Forschung. So klammern beispielsweise Bützer (2007) oder Vetter und Velinsky (2019) diese Frage in ihren Untersuchungen aus. Merkel und Ritzi (2017b, 140) verweisen allgemein auf die Bedeutung der Themensalienz und im Speziellen auf die hohe Beteiligung bei Abstimmungen in Berlin zur Nutzung des früheren Geländes des Flughafens Tempelhof. Unter Kontrolle für gleichzeitig stattfindende Urnengänge auf übergeordneten Ebenen ist aber von geringeren Beteiligungswerten auf kommunaler Ebene auszugehen, da die Relevanz hier als grundsätzlich niedriger einzuschätzen ist (Bützer 2011, 140).

6.3 Daten und Methoden

Die folgenden Auswertungen beruhen auf zwei Datensätzen: Die Untersuchung der Urnenabstimmungen auf kommunaler Ebene beruht auf einer eigenen Erhebung für den Zeitraum von 2001 bis 2018. Dazu wurde die Grundgesamtheit aller Schweizer Gemeinden in vier Grössenkategorien eingeteilt: Gemeinden mit bis zu 2000, solche mit 2001 bis 7000, jene mit 7001 bis 50000 und schliesslich Städte mit mehr als 50000 Einwohner:innen. Für die Kategorie der grossen Schweizer Städte wurde eine Vollerhebung durchgeführt (vgl. hierzu auch Bützer 2007).⁴ Für die übrigen drei Grössenkategorien wurde eine geschichtete Zufallsstichprobe gezogen, mit dem Ziel, jeden Kanton durch je eine Gemeinde der drei Grössenordnungen zu repräsentieren. Ausnahmen wurden für jene Kantone gemacht, die aus höchstens 30 Gemeinden bestehen. Diese Kantone sind in unserer Stichprobe nur mit einer Gemeinde vertreten, die jene Grössenkategorie repräsentiert, die im jeweiligen Kanton am häufigsten vorkommt.

Die ausgewählten Gemeinden wurden um Zusendung der Angaben zu den Urnenabstimmungen im Untersuchungszeitraum gebeten.⁵ Zu den erhö-

4 Die Stadt Basel nimmt eine Sonderrolle ein, denn dort kann nicht zwischen städtischen und kantonalen Vorlagen unterschieden werden. Daher kommen Gegenstände zur Abstimmung, die für die kommunale Ebene untypisch sind (z. B. Zustimmung zu Anpassungen der Kantonsverfassung). Trotz dieser Besonderheit wurden die basel-städtischen Vorlagen in die Untersuchung einbezogen.

5 Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns herzlich bei denjenigen Gemeinden bedanken, die uns durch ihre Kooperation die Möglichkeit zur Auswertung der

benen Angaben gehören beispielsweise der Titel der Vorlage, ihre Rechtsform sowie Zahlen zu den Stimmberechtigten, den abgegebenen (gültigen, ungültigen und leeren) Stimmen, den Ja- und Nein-Stimmen sowie zur Beteiligung. Wenn eine Gemeinde unsere Anfrage trotz mehrfacher Erinnerung nicht beantwortet hatte, wurde eine Ersatzgemeinde ausgelost, die denselben Kanton und dieselbe Grössenkatgorie repräsentiert. Auf diese Weise konnten für 66 Gemeinden Daten erhoben werden, die der vorliegenden Auswertung zugrunde liegen (vgl. die Tabelle 6.1 im Online-Anhang⁶). Für die Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene verwenden wir den Datensatz von Swissvotes (2021) für dieselbe Untersuchungsperiode.

Die Analyse umfasst einerseits deskriptive Elemente, indem wir Auswertungen zur Anzahl durchgeführter Abstimmungen nach Themengebieten und zur Beteiligung für beide Staatsebenen vornehmen. In einem zweiten Schritt prüfen wir, ob ein Zusammenhang zwischen Themengebieten und Beteiligung unter Berücksichtigung mehrerer Kontrollvariablen festgestellt werden kann und welche Parallelen und Unterschiede zwischen den Staatsebenen hier zu erkennen sind.

Dem Aspekt des Abstimmungszeitpunkts und der Tatsache, dass in der Regel mehrere Vorlagen gleichzeitig an die Urne gelangen, tragen wir durch die Berechnung von Mehrebenenmodellen Rechnung. Dabei bilden die Abstimmungstermine die übergeordnete Ebene. Dies erlaubt Aussagen zur Frage, ob die beobachtete Varianz bei der Stimmbeteiligung überwiegend auf die Ebene der einzelnen Vorlagen oder der Abstimmungstermine zurückzuführen ist.

6.4 Analyse

6.4.1 Themen auf nationaler und lokaler Ebene im Vergleich

In einem ersten Schritt unserer Analyse betrachten wir deskriptiv die Themengebiete, die während des Untersuchungszeitraums auf eidgenössischer und lokaler Ebene zur Abstimmung gelangten. Auf eidgenössischer Ebene konnten die Stimmberechtigten zwischen 2001 und 2018 über insgesamt 154 Vorlagen entscheiden. Dabei standen mit deutlichem Abstand sozialpolitische Fragen im Vordergrund. 45 Vorlagen entfallen auf diesen Bereich. Die weiteren Themenbereiche folgen erst mit grossem Abstand, wobei Abstimmungen zur Staatsordnung (17 Vorlagen) und zur Wirtschaft (13 Vorlagen) die Ränge zwei und drei belegen. Am Ende der Skala liegen die Themenbereiche Energie, Landwirtschaft sowie Kultur/Religion/Medien (siehe Abbildung 6.1 im Online-Anhang).

Eine genauere Betrachtung der sozialpolitischen Abstimmungen zeigt, dass knapp die Hälfte der Fälle (22 von 45) auf sozialversicherungsrechtliche

Daten gegeben haben. Ein grosses Dankeschön geht auch an Nina Fink und Madelaina Ganzeboom, die uns bei der Datenerhebung tatkräftig unterstützt haben.

6 Der Online-Anhang findet sich unter <http://doi.org/10.48350/166932>.

Fragen entfiel. An zweiter Stelle stehen 16 Urnengänge zu sozialen Gruppen, wobei hier Abstimmungen zu Migrant:innen und Flüchtlingen neunmal und damit besonders prominent vertreten sind. Die Sozialpolitik nimmt nicht nur bei der Gesamtzahl der betrachteten Abstimmungen den Spitzenplatz ein, sondern auch bei den Volksinitiativen und fakultativen Referenden. Von den 77 eidgenössischen Volksinitiativen, die wir in unsere Analyse einbeziehen, entfielen 20 (26%) auf diesen Bereich, bei den fakultativen Referenden waren es sogar 17 von 47 (36%). Bei den obligatorischen Referenden steht die Sozialpolitik mit 4 von 19 (21%) Vorlagen dagegen nur an zweiter Stelle, hier dominieren Fragen zur Staatsorganisation (32%).

Bei den Abstimmungen in den 66 von uns untersuchten Gemeinden wurde im Untersuchungszeitraum über 1419 Vorlagen entschieden, wobei die Häufigkeit von Abstimmungen zwischen den Gemeinden extrem unterschiedlich verteilt ist. 20 der einbezogenen Gemeinden hatten während der untersuchten 18 Jahre keine einzige Urnenabstimmung, darunter sechs der insgesamt acht in unserer Stichprobe vertretenen Gemeinden der Kantone Waadt und Genf. Weitere 32 Gemeinden kamen im Untersuchungszeitraum auf weniger als 20 Abstimmungen. Auf der anderen Seite zeichnen sich insbesondere die grossen Deutschschweizer Städte durch eine hohe Zahl an Abstimmungen aus. Spitzenreiter sind hierbei Bern und Zürich mit 177 bzw. 169 Vorlagen.

Die kommunalen Abstimmungen wurden so weit als möglich den Themenbereichen bei *Swissvotes* (2021, Variable *d1e1*) zugeordnet. Allerdings gibt es verschiedene Themen, die nur auf einer der beiden Ebenen relevant sind. Dies gilt beispielsweise für die Aussenpolitik, die für die Gemeinden keine Rolle spielt – es sei denn man wertet die interkommunale Zusammenarbeit als «Aussenpolitik der Gemeinden». Auf kommunaler Ebene bilden dagegen häufig Angelegenheiten der Ver- und Entsorgung sowie Grundstücksgeschäfte die Inhalte der Vorlagen, was wiederum auf Bundesebene nicht vorkommt.

Vergleicht man die Themenbereiche, die auf beiden Ebenen vertreten sind, fällt zunächst auf, dass im Gegensatz zum Bund sozialpolitische Angelegenheiten in den Gemeinden eine eher untergeordnete Rolle spielen. Zahlenmässig weit aus bedeutsamer sind Vorlagen zu den Themen Umwelt, Gemeindeorganisation sowie Verkehr und Infrastruktur, die alle auf mehr als 200 Volksentscheide kommen. Am Ende der Häufigkeitsskala rangieren die interkommunale Zusammenarbeit, die öffentliche Sicherheit sowie Vorlagen zur lokalen Wirtschaft (siehe Abbildung 6.2 im Online-Anhang). Die hohe Zahl umweltpolitischer Vorlagen mag auf den ersten Blick überraschen. Sie lässt sich vor allem dadurch erklären, dass in Anlehnung an die Kategorisierung bei *Swissvotes* darunter auch Fragen der Raumplanung und des Baurechts gruppiert sind. Allein auf diesen Bereich entfallen 194 Abstimmungen. An zweiter Stelle stehen auf kommunaler Ebene Abstimmungen zur Gemeindeorganisation, was in gewisser Weise das Pendant zum ebenfalls zweitplatzierten Bereich Staatsordnung bzw. -organisation auf eidgenössischer Ebene darstellt. Typische Fragen betreffen hier Änderungen der Gemeindeordnungen (beispielsweise in Zusammenhang mit Gemeindefusionen

oder der Anpassung von Zuständigkeiten) sowie die Zustimmung zu neuen oder veränderten kommunalen Reglementen. Bei Vorlagen in den Bereichen Verkehr und Infrastruktur geht es häufig um die Sanierung oder den Neubau von Strassen und Parkplätzen oder um die Beschaffung von Fahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr.

6.4.2 Einfluss der Themen auf die Beteiligung auf nationaler Ebene

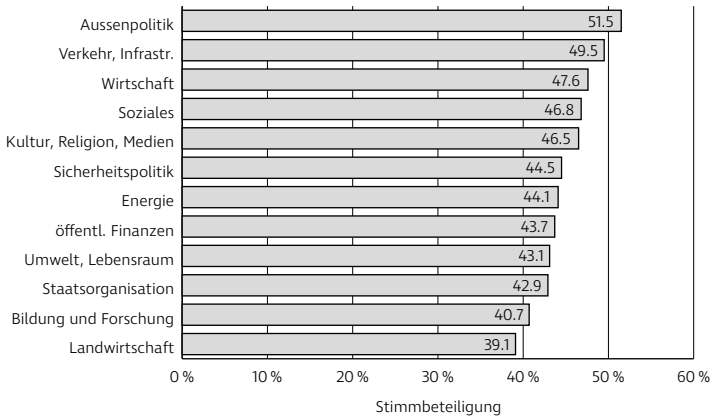
In einem zweiten Analyseschritt untersuchen wir nun, ob sich ein Zusammenhang zwischen den Themen der Vorlagen und der Beteiligung⁷ feststellen lässt. Unabhängig vom Thema lässt sich für die eidgenössische Ebene festhalten, dass der Medianwert der Partizipationsraten bei 45 Prozent liegt. Die Hälfte aller Abstimmungen erreicht Beteiligungswerte zwischen 42 und 49 Prozent und deckt damit genau den Bereich ab, der für die Beteiligung an Nationalratswahlen seit Ende der 1970er Jahre zu beobachten ist. Nur wenige Vorlagen können mehr als 60 Prozent der Stimmbevölkerung mobilisieren, doch auch Beteiligungswerte von unter 30 Prozent sind selten (vgl. Abbildung 6.3 im Anhang).

Eine Auswertung der Beteiligung nach Themenbereich lässt auf den ersten Blick darauf schliessen, dass tatsächlich erhebliche Unterschiede bestehen (siehe Abbildung 1). Demnach sind es vor allem Vorlagen zu den Themen Ausussenpolitik sowie Verkehr und Infrastruktur, die ein hohes Mobilisierungspotenzial aufweisen (im Durchschnitt 51,5 bzw. 49,5%). Am Ende der Skala rangieren die Bereiche Bildung und Forschung sowie Landwirtschaft mit durchschnittlich 40,7 bzw. 39,1 Prozent. Die Differenz zwischen den durchschnittlichen höchsten und niedrigsten Beteiligungswerten nach Themengebiet beträgt 12,4 Prozentpunkte. Lässt sich daraus schliessen, dass das Abstimmungsthema einen solch erheblichen Einfluss auf die Beteiligung hat?

Um dies zu überprüfen, ist es nötig, für verschiedene Einflussgrössen zu kontrollieren. Dabei gehen wir davon aus, dass die Anzahl der zur Abstimmung stehenden Vorlagen einen positiven Einfluss auf die Beteiligung haben kann (Riklin & Kley 1981; Nidegger 1993). Von Bedeutung ist darüber hinaus die Intensität der Medienberichterstattung, die ebenfalls positiv mit der Beteiligung korrelieren sollte. Auch kontrollieren wir für die Rechtsform der Vorlagen, da verschiedene Studien gezeigt haben, dass Volksinitiativen mit einer stärkeren Beteiligung einhergehen (Hertig 1981, 13; Joye & Papadopoulos 1994; Papadopoulos 1994, 285; Bowler & Donovan 1998, 53; Peters 2016). Und schliesslich gehen wir davon aus, dass Vorlagen, für die ein klares Ergebnis prognostiziert wird, weniger mobilisieren als solche, deren Ausgang im Vorfeld knapp erscheint (Søberg & Tangerås 2003; Kirchgässner & Schulz 2005) und dass die Beteiligung umso stärker ausfällt, je wichtiger die Vorlage aus Sicht der Abstimmenden ist. Tabelle 6.2 im Online-Anhang enthält eine Übersicht zu den Kontrollvariablen.

7 Wir operationalisieren die Beteiligung über die gültigen Stimmen, um Verzerrungen über unterschiedlich grosse Anteile an leeren bzw. ungültigen Stimmen auszuschliessen.

Abbildung 1: Stimmbeteiligung gemessen an den gültigen Stimmen bei eigenössischen Volksabstimmungen nach Themenbereich, 2001 bis 2018



Quelle: eigene Auswertung auf der Grundlage von Swissvotes (2021).

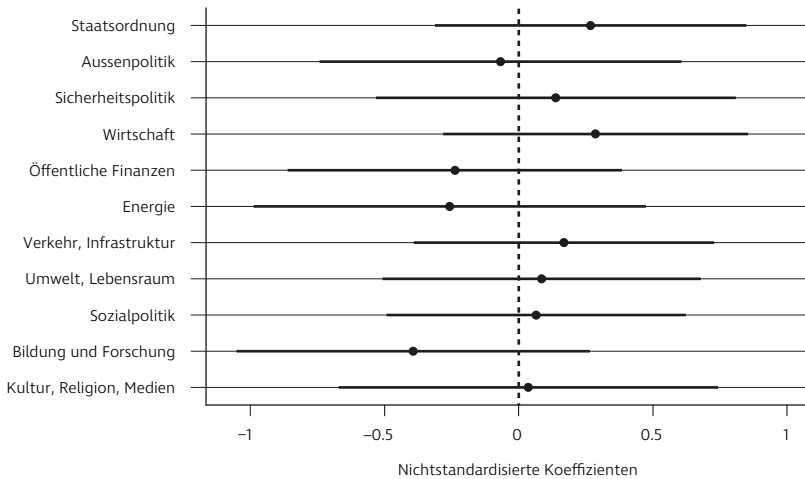
Die Ergebnisse der Mehrebenenanalyse in Bezug auf die Themen sind aus Abbildung 2 ersichtlich. Es zeigt sich, dass kein Themengebiet die Stimmbeteiligung in signifikanter Weise beeinflusst, wenn wir Kontrollvariablen beiziehen und der besonderen Datenstruktur Rechnung tragen. Die vom Modell geschätzten Stimmbeteiligungen liegen für alle Themengebiete praktisch gleichauf: Zwischen dem Bereich mit der höchsten und niedrigsten Beteiligung (Wirtschaft bzw. Bildung) liegen nur 0.7 Prozentpunkte.⁸ Und selbst wenn die Analyse ohne die Einschätzungen der Abstimmenden zur Wichtigkeit der Vorlagen durchgeführt wird, bleibt die Kernaussage dieselbe. Man könnte argumentieren, dass diese Einschätzungen auch von den Themenbereichen abhängen, was für deren mangelnde Signifikanz verantwortlich sein könnte. Zwar gibt es unter Ausschluss der Variablen auch tatsächlich einzelne signifikante Ergebnisse. So fällt die Stimmbeteiligung für die Themen Sozialpolitik, Staatsordnung, Aussen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik im Vergleich zu Landwirtschaftsvorlagen in diesem Fall signifikant höher aus. Allerdings beläuft sich die Differenz zwischen den Bereichen mit der niedrigsten (Landwirtschaft) und der höchsten Beteiligung (Aussenpolitik) nur gerade auf 1,0 Prozentpunkte, was kaum als relevanter Unterschied angesehen werden kann.

Viel bedeutender als die Themen sind demnach Kontextfaktoren. Dies zeigt sich anhand der Verteilung der Varianz auf die Ebenen Vorlage versus

⁸ An diesem Befund ändert sich nichts Substanzielles, wenn eine abweichende Themenzuteilung (Variablen d2e1 bzw. d3e1 in Swissvotes 2021) verwendet wird.

Abstimmungstermin durch ein entsprechendes Nullmodell: Fast die gesamte beobachtete Varianz ist auf der Ebene der Abstimmungstermine angesiedelt, nur gerade ein Prozent auf der Ebene der Vorlagen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass auf eidgenössischer Ebene häufig an einem Termin mehrere Vorlagen zu unterschiedlichen Themen zur Abstimmung stehen, wobei nur sehr geringe Unterschiede in Bezug auf die Beteiligung festzustellen sind. Es ist davon auszugehen, dass es hier zu Spill-over-Effekten kommt: Vorlagen, die von der Bevölkerung als weniger wichtig angesehen werden, profitieren in Bezug auf die Beteiligung, wenn gleichzeitig eine Vorlage mit hohem Mobilisierungspotenzial zur Abstimmung kommt (siehe zu diesem «Lokomotiv»-Effekt auch den Beitrag von Thomas Milic im vorliegenden Band). Im Vergleich dazu entfalten die Abstimmungsthemen keine nennenswerte Mobilisierungswirkung.

Abbildung 2: Einfluss der Themen auf die Stimmbeteiligung auf eidgenössischer Ebene unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen, 2001 bis 2018



Anmerkung: Referenzkategorie ist der Themenbereich Landwirtschaft, der in Abbildung 1 den niedrigsten Beteiligungswert erreicht hat. Dargestellt sind die geschätzten Koeffizienten und die 95-Prozent-Konfidenzintervalle unter Einbezug von Kontrollvariablen.

Quelle: Eigene Auswertung auf der Grundlage von Swissvotes (2021), N=154.

6.4.3 Einfluss der Themen auf die Beteiligung auf kommunaler Ebene

Für die von uns untersuchten Abstimmungsvorlagen auf kommunaler Ebene fällt die Beteiligung insgesamt ein wenig niedriger aus als für eidgenössische Vorlagen. Der Medianwert liegt bei 41 Prozent gegenüber 45 Prozent auf Bundesebene. Dies dürfte auf ein geringeres Interesse an lokaler gegenüber nationaler Politik zurückzuführen sein (Ladner & Bühlmann 2007, 101). Zudem ist die

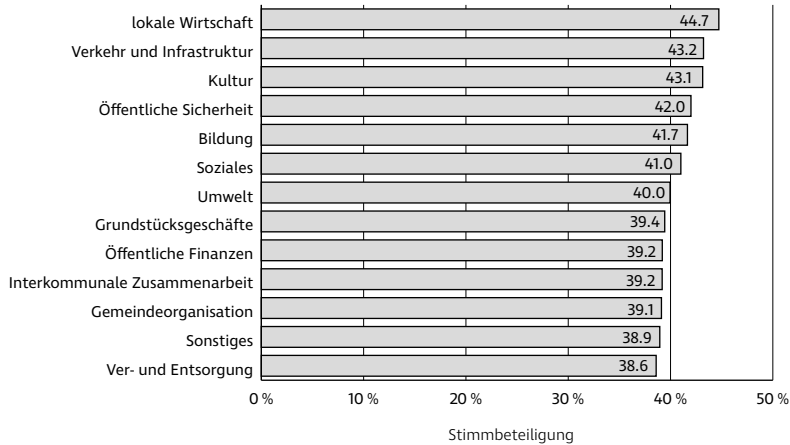
Streuung auf der Gemeindeebene stärker ausgeprägt. Die mittleren 50 Prozent aller Abstimmungen erreichen Werte zwischen 34 und 47 Prozent (gegenüber 42 bis 49% auf Bundesebene). Hinzu kommen mehr Vorlagen, die weniger als 30 Prozent der Stimmbevölkerung mobilisieren (vgl. Abbildung 6.4 im Online-Anhang), was bei eidgenössischen Abstimmungen nur sehr selten der Fall ist. Auf der anderen Seite haben wir eine Abstimmung in unserem Sample, die sogar mehr als 70 Prozent Beteiligung verzeichnen kann.⁹

Für die kommunale Ebene ist die Quantifizierung des Einflusses der Themenbereiche auf die Beteiligung noch schwieriger als für die eidgenössische. Wie beim Bund kommen auch auf Gemeindeebene häufig mehrere thematisch unterschiedliche Vorlagen zeitgleich an die Urne. Über die Intensität etwaiger Kampagnen oder über die Häufigkeit von Medienberichten, die einen Einfluss auf die Mobilisierung haben könnten, liegen uns allerdings keine Informationen vor. Erschwerend kommt hinzu, dass die kommunalen Abstimmungen oft zeitlich mit solchen auf Bundes- oder Kantonsebene zusammenfallen. Für die jeweilige Gemeinde bestehen in diesen Fällen praktisch keine Unterschiede bei den Beteiligungswerten. Es ist davon auszugehen, dass in der Regel die Vorlagen auf den höheren staatlichen Ebenen einen stärkeren Mobilisierungseffekt entfalten als jene in der Gemeinde (Bützer 2011, 148f.). Aus diesem Grund sind die in Abbildung 3 dargestellten Zahlen nur unter dem Vorbehalt der fehlenden Kontrolle für externe Einflüsse zu interpretieren. Demnach liegt die Differenz zwischen der höchsten Beteiligungsquote (lokale Wirtschaft) und der niedrigsten (Ver- und Entsorgung) bei 6,1 Prozentpunkten und ist damit etwa halb so gross wie auf eidgenössischer Ebene (ohne Einbezug von Kontrollvariablen).

Aus diesem Grund beschränken wir eine zweite Auswertung auf die 15 kommunalen Abstimmungen, die unabhängig von Wahlen oder Abstimmungen auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene stattgefunden haben. In diesem Fall liegen zwischen dem Thema mit der höchsten Beteiligung (öffentliche Sicherheit) und der niedrigsten (Sonstiges) volle 15 Prozentpunkte. Zudem wird deutlich, dass die erwarteten Spill-over-Effekte von den höheren Ebenen tatsächlich existieren: Während der Mittelwert der Beteiligung für alle erhobenen kommunalen Vorlagen bei 42 Prozent liegt, sind es für die in Abbildung 4 einbezogenen Abstimmungen nur 32 Prozent, der Unterschied ist hochsignifikant

9 Die Abstimmung mit der höchsten Beteiligung fand in Göschenen statt und war an sich wenig spektakulär: Es ging um eine werterhaltende Fassadensanierung an einer Wohnung im Mehrzweckgebäude für 160 000 CHF. Der sehr hohe Beteiligungswert ist mit grosser Wahrscheinlichkeit den zeitgleich stattfindenden eidgenössischen Abstimmungen vom 28.02.2016 zuzuschreiben (Durchsetzungsinitiative [597], Initiative gegen die Heiratsstrafe [596], Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» [598] und Sanierung des Gotthard-Strassentunnels [599]), die stark mobilisierten (Beteiligung schweizweit bei etwa 63%). Es ist davon auszugehen, dass insbesondere der Entscheid über die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels von der Göschener Bevölkerung als hochrelevant angesehen wurde (siehe Vatter & Heidelberger 2013; Nový 2016).

Abbildung 3: Beteiligung bei kommunalen Volksabstimmungen nach Themenbereich, 2001 bis 2018

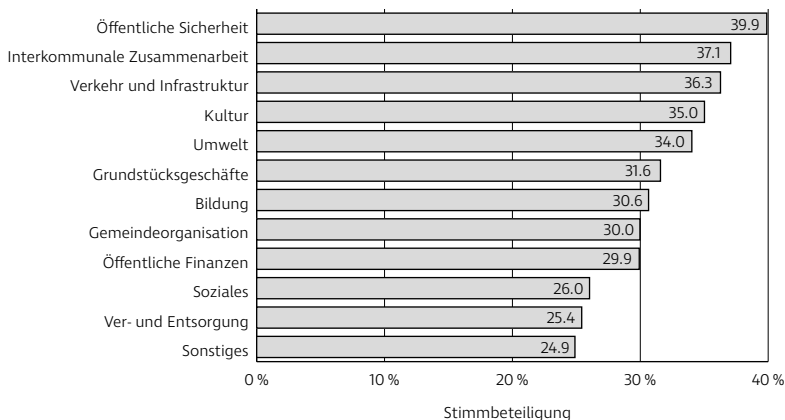


Quelle: eigene Auswertung für 66 Gemeinden und 1401 Vorlagen.

Auch für die Gemeindeebene wurden Kontrollvariablen in die Auswertung einbezogen, um den Einfluss der Themenbereiche auf die Abstimmungsbeteiligung präziser einschätzen zu können (vgl. Tabelle 6.3 im Online-Anhang). Zum einen kontrollieren wir, ob zeitgleich eidgenössische oder kantonale Wahlen oder Abstimmungen stattfinden, da dies offensichtlich die Stimmbeteiligung in die Höhe treibt (Butler & Ranney 1978; Lee 1978; Nidegger 1993; Magleby 1994; Gallagher 1996; Bützer 2011). Auch die Anzahl der auf den verschiedenen Ebenen zeitgleich zur Abstimmung gelangenden Vorlagen dürfte positiv mit der Beteiligung auf Gemeindeebene korrelieren. Auf der anderen Seite ist jedoch das Phänomen der Stimmüdigkeit zu beachten, aufgrund dessen gerade umgekehrt von einem negativen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Abstimmungen und der Beteiligung auszugehen ist (Bowler & Donovan 1998; Selb 2008). Deshalb teilen wir die Gemeinden in Kategorien ein, die durch die Abstimmungshäufigkeit im Untersuchungszeitraum bestimmt werden. Mit steigender Gemeindegrosse erwarten wir eine Abnahme bei der Beteiligung (Ladner 2002, 823). Zudem kontrollieren wir für die Organisationsform der Gemeinde (Parlament versus andere Form; Bühlmann 2006, 168), die Rechtsform der Vorlage und das Sprachgebiet¹⁰. Wie bei den Abstimmungen auf Bundesebene gehen wir ausserdem davon aus, dass Vorlagen, für die ein klares Ergebnis erwartet wird, weniger mobilisieren als solche, deren Ausgang im Vorfeld knapp erscheint (Søberg & Tangerås 2003;

10 Da Urnenabstimmungen auf Gemeindeebene ganz überwiegend ein Deutschschweizer Phänomen sind (gut 92% der von uns erfassten Vorlagen kamen in Deutschschweizer Gemeinden zur Abstimmung), wurde lediglich zwischen der Deutschschweiz und den lateinischen Sprachgebieten unterschieden.

Abbildung 4: Beteiligung bei kommunalen Volksabstimmungen, die zeitlich unabhängig von kantonalen oder eidgenössischen Urnengängen stattgefunden haben, nach Themenbereich, 2001 bis 2018



Quelle: eigene Auswertung für 66 Gemeinden und 156 Vorlagen.

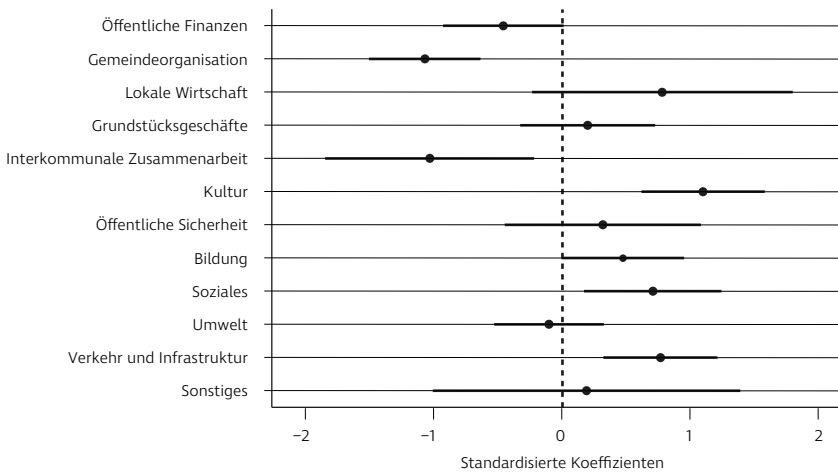
Kirchgässner & Schulz 2005). Schliesslich kontrollieren wir für die im Kanton Schaffhausen geltende Abstimmungspflicht, die zu höheren Beteiligungswerten führen sollte (Milic et al. 2014, 392 ff.)

Wie schon bei den eidgenössischen Vorlagen wurde eine Mehrebenenanalyse vorgenommen, um der hierarchischen Datenstruktur (Vorlagen gruppiert nach Abstimmungsterminen und Gemeinden) Rechnung zu tragen.

In einem ersten Schritt berechnen wir ein Modell mit allen kommunalen Vorlagen, also auch mit jenen, über die gleichzeitig mit einem eidgenössischen Urnengang abgestimmt wurde. Wie schon für die eidgenössische Ebene zeigt auch hier ein Nullmodell, dass nur ein sehr geringer Teil (1,5%) der beobachteten Varianz in der Stimmeteiligung der Vorlagenebene zugerechnet werden kann. Auf die Gemeindeebene entfallen demgegenüber 30,5% und auf den Abstimmungstermin 68%. Unter Einbezug der Kontrollvariablen resultieren für die Themen die Ergebnisse in Abbildung 5. Dabei wurde der Bereich Ver- und Entsorgung als Referenzkategorie gewählt, da er die geringste Beteiligung aufweist (vgl. Abbildung 3). Es zeigt sich, dass einzelne Themen Beteiligungswerte erzielen, die im Vergleich dazu signifikant tiefer oder höher ausfallen. Demnach erreichen Abstimmungen zum Thema Kultur die höchsten Beteiligungswerte. Hier geht es vor allem in den grösseren Städten häufig um Subventionen für Kultureinrichtungen wie Theater, Museen oder Bibliotheken. Zur Kultur zählen auch Vorlagen aus dem Sportbereich, die unabhängig von der Gemeindegrösse recht häufig sind. An zweiter Stelle rangieren Abstimmungen zur lokalen Wirtschaft, die allerdings zahlenmässig kaum ins Gewicht fallen. Am Ende der Skala

finden wir die Themen interkommunale Zusammenarbeit sowie Gemeindeorganisation. Der Abstand zwischen dem beteiligungsstärksten und -schwächsten Bereich beträgt 2,2 Prozentpunkte und ist damit etwa dreimal so gross wie auf der eidgenössischen Ebene. Trotz einzelner signifikanter Ergebnisse tragen die Themenbereiche aber nur wenig zur Erklärung der Beteiligung bei. Nur ein Prozent der Varianz kann allein durch die Themenbereiche erklärt werden (das heisst durch ein Mehrebenenmodell, in dem die Themen die einzigen unabhängigen Variable darstellen). Dagegen erklärt das Modell mit Kontrollvariablen immerhin 33 Prozent der Varianz.

Abbildung 5: Einfluss der Themen auf Stimmbeteiligung auf kommunaler Ebene unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen, 2001 bis 2018



Anmerkung: Referenzkategorie ist der Themenbereich Ver- und Entsorgung. Dargestellt sind die geschätzten Koeffizienten und 95-Prozent-Konfidenzintervalle unter Einbezug von Kontrollvariablen.

Quelle: Eigene Auswertung für 66 Gemeinden und 1'389 Vorlagen.

Wird die obige Analyse wiederum auf die kommunalen Abstimmungen beschränkt, die zeitlich unabhängig von Urnengängen auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene stattgefunden haben, tragen die Themen praktisch nichts mehr zur Erklärung der Stimmbeteiligung bei. In diesem Fall stellen sich die interkommunale Zusammenarbeit und die Gemeindeorganisation als die am stärksten bzw. am schwächsten mobilisierenden Thema heraus. Die Differenz der Beteiligungswerte beträgt jedoch nur 1,2 Prozentpunkte, zudem liegen der Schätzung einzelner Koeffizienten (z. B. der interkommunalen Zusammenarbeit) nur wenige Fälle zugrunde. Ein Nullmodell zeigt, dass trotz Wegfalls zeitgleicher Urnengänge auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene zwei Drittel der beobachteten Varianz dem Abstimmungstermin zugerechnet werden können. Dies

entspricht der Grössenordnung unter Einbezug aller kommunaler Abstimmungen (siehe oben). Nur ein Prozent der gesamten Varianz wird allein durch die Themenbereiche erklärt, während das Modell mit Kontrollvariablen 17 Prozent der Varianz statistisch erklären kann.

6.5 Diskussion und Fazit

Ziel unseres Beitrags war die Klärung der Frage, ob und inwieweit die Beteiligung an Abstimmungen von den Themen der Vorlagen abhängt. Dabei haben wir sowohl nationale wie auch kommunale Abstimmungen betrachtet. Erwartungsgemäss wird auf den beiden Ebenen über unterschiedliche Gegenstände abgestimmt und nicht jeder Themenbereich auf der einen Staatsebene findet sein Pendant auf der anderen. Dies wird insbesondere bei aussenpolitischen Fragen deutlich, die in den Gemeinden keine Rolle spielen. Trotzdem lassen sich gewisse Parallelen festmachen: Unter den fünf häufigsten Sachthemen auf den beiden Staatsebenen findet man drei Entsprechungen: Demnach bilden Fragen der Staats- bzw. Gemeindeorganisation, des Verkehrs und der Infrastruktur sowie der öffentlichen Finanzen sowohl national wie kommunal besonders häufig den Gegenstand von direktdemokratischen Abstimmungen. Im Gegensatz dazu besteht zwischen den Ebenen ein deutlicher Unterschied, was Fragen der Sozialpolitik angeht: Während dieser Themenbereich in Bezug auf die Häufigkeit den ersten Platz bei nationalen Abstimmungen einnimmt, rangiert er in den Gemeinden abgeschlagen auf Rang neun.

In Bezug auf den Zusammenhang zwischen Themen und Stimmbeteiligung lässt sich festhalten, dass weder für die nationale noch für die kommunale Ebene nennenswerte Mobilisierungseffekte der Themen erkennbar sind. Berücksichtigt man die besondere Datenstruktur (in der Regel mehrere Abstimmungsvorlagen pro Termin) und eine Reihe von Kontrollvariablen, ergibt sich für die nationale Ebene eine Differenz von nur 0,7 Prozentpunkten zwischen den Themengebieten mit der höchsten bzw. niedrigsten Beteiligung. Für die Gemeinden liegt der entsprechende Wert etwas höher, wobei hier Vorlagen aus dem Kulturbereich am stärksten mobilisieren und solche zur interkommunalen Zusammenarbeit und zur Gemeindeorganisation am wenigsten. Die Differenz von 2,2 Prozentpunkten ist aber auch auf kommunaler Ebene nur gering. Berücksichtigt man bei der Auswertung nur solche Vorlagen, die zeitlich unabhängig von Urnengängen auf übergeordneten Staatsebenen stattgefunden haben, verringert sich die Differenz auf nur 1,2 Prozentpunkte.

Die Analyse hat gezeigt, dass es für die Beteiligung von weitaus grösserer Bedeutung ist, ob Vorlagen zeitgleich an die Urne gebracht werden. Bei nationalen Abstimmungen sind 99 Prozent der beobachteten Varianz auf der Ebene der Abstimmungstermine angesiedelt, nur ein Prozent entfällt auf die jeweilige Vorlage. Für die kommunalen Vorlagen verteilt sich die Varianz auf die Ebenen der

Gemeinde (30,5%), des Abstimmungstermins (68%) und der Vorlage (1,5%). Dies unterstreicht die Bedeutung des Entscheids über die Terminierung. Im Rahmen der vorgegebenen Behandlungsfristen haben sowohl der Bundesrat als auch die Verantwortlichen in den Gemeinden hier einen Hebel in der Hand, mit der sie die Beteiligung und möglicherweise auch den Ausgang von Abstimmungen auf den jeweiligen Staatsebenen beeinflussen können.

Die zukünftige Abstimmungsforschung sollte sich deshalb vertiefter mit den spezifischen Auswirkungen von Agenda Setting und Timing von Abstimmungsvorlagen auseinandersetzen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, um die grundlegenden Auswirkungen der Stimmbeteiligung auf die Input- und Output-Legitimität von direktdemokratischen Entscheidungen fundierter beurteilen zu können (Vatter et al. 2018).

6.6 Literatur

- Becker, Amy, Kajsa Dalrymple, Dominique Brossard, Dietram Scheufele, & Albert Gunther. 2010. Getting Citizens Involved: How Controversial Policy Debates Stimulate Issue Participation during a Political Campaign. *International Journal of Public Opinion Research* 22(2): 181–203. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edp047>.
- Biggers, Daniel R. 2011. When Ballot Issues Matter: Social Issue Ballot Measures and Their Impact on Turnout. *Political Behavior* 33(1): 3–25. <https://doi.org/10.1007/s11109-010-9113-1>.
- Bowler, Shaun & Todd Donovan. 1998. *Demanding Choices: Opinion, Voting, and Direct Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bühlmann, Marc. 2006. *Politische Partizipation im kommunalen Kontext: Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten*. Bern: Haupt.
- Butler, David & Austin Ranney (Eds.). 1978. *Referendums*. Washington D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Bützer, Michael. 2007. *Direkte Demokratie in Schweizer Städten. Ursprung, Ausgestaltung und Gebrauch im Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Bützer, Michael. 2011. Second-Order Direct Democracy in Switzerland: How Sub-National Experiences Differ from National Ballots. In Theo Schiller (Ed.), *Local Direct Democracy in Europe* (S. 138–156). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Converse, Philip E. 1964. The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In David A. Apter (Ed.), *Ideology and Discontent* (S. 206–261). New York: Free Press.
- Damore, David F. & Stephen P. Nicholson. 2014. Mobilizing Interests: Group Participation and Competition in Direct Democracy Elections. *Political Behavior* 36(3): 535–552. <https://doi.org/10.1007/s11109-013-9252-2>.

- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Brothers.
- Forster, Christof & Fabian Schäfer. 14.06.2021: Die politische Klimawende. *Neue Zürcher Zeitung*, S. 1.
- Gallagher, Michael. 1996. Ireland: The Referendum as a Conservative Device? In Michael Gallagher & Pier V. Uleri (Eds.), *The Referendum Experience in Europe* (S. 86–105). New York: St. Martin's Press.
- Goidel, Kirby & Matthew C. Nisbet. 2006. Exploring the Roots of Public Participation in the Controversy over Embryonic Stem Cell Research and Cloning. *Political Behavior* 28(2): 175–192. <https://doi.org/10.1007/s11109-006-9007-4>.
- Goldberg, Andreas C., Simon Lanz & Pascal Sciarini. 2015. To Vote or Not to Vote? How the Context Shapes Selective Turnout, Paper presented at the ECPR general conference, University of Montreal, Canada, August 26, 2015.
- Goldberg, Andreas C. & Pascal Sciarini. 2021. Voter Turnout in Direct Democracy: A Joint Analysis of Individual, Referendum and Community Factors. *European Journal of Political Research*. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12493>.
- Grummel, John A. 2008. Morality Politics, Direct Democracy, and Turnout. *State Politics & Policy Quarterly* 8(3): 282–292. <https://doi.org/10.1177/153244000800800304>.
- Hedrick, Samuel & Sergiu Gherghina. 2020. Why People Vote in Local Level Referendums: Comparing Germany and the United States. *European Politics and Society* 22(5): 716–732. <https://doi.org/10.1080/23745118.2020.1820703>.
- Heidelberger, Anja. 2018. *Die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz: Psychologische und soziale Einflüsse auf die Abstimmungsneigung*. Baden-Baden: Nomos.
- Hertig, Hans-Peter. 1981. *Direkte Demokratie in den USA: Fakten, Tendenzen, Probleme*. Zürich: Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung.
- Iyengar, Shanto. 1990. Shortcuts to Political Knowledge: The Role of Selective Attention and Accessibility. In John A. Ferejon & James H. Kuklinski (Eds.), *Information and Democratic Processes*, (S. 160–185). Urbana: University of Illinois Press.
- Joye, Dominique & Yannis Papadopoulos. 1994. Votations moteurs: les logiques du vote blanc et de la participation. In Yannis Papadopoulos (dir.), *Elites politiques et peuple en Suisse: analyse des votations fédérales: 1970–1987* (S. 245–276). Lausanne: Ed. Réalités sociales.
- Kirchgässner, Gebhard & Tobias Schulz. 2005. Was treibt die Stimmbürger an die Urne? Eine empirische Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz, 1981–1999. *Swiss Political Science Review* 11(1): 1–56. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2005.tb00047.x>.

- LaCombe, Scott J. & Courtney Juelich. 2019. Salient Ballot Measures and the Millennial Vote. *Politics and Governance* 7(2): 198–212. <https://doi.org/10.17645/pag.v7i2.1885>.
- Ladner, Andreas. 2002. Size and Direct Democracy at the Local Level: The Case of Switzerland. *Environment and Planning C: Government & Policy* 20(6): 813–828. <https://doi.org/10.1068%2Fc0226>.
- Ladner, Andreas & Marc Bühlmann. 2007. *Demokratie in den Gemeinden: Der Einfluss der Gemeindegrosse und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie*. Zürich/Chur: Rüegger.
- Lee, Eugene C. 1978. California. In David Butler & Austin Ranney (Eds.), *Referendums* (S. 87–122). Washington D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Magleby, David B. 1994. Direct Legislation in the American States. In David Butler & Austin Ranney (Eds.), *Referendums Around the World* (S. 218–257). Houndsmills: MacMillan.
- Meredith, Marc. 2009. The Strategic Timing of Direct Democracy. *Economics & Politics* 21(1): 159–177. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0343.2008.00342.x>.
- Merkel, Wolfgang & Claudia Ritzi. 2017a. Theorie und Vergleich. In Wolfgang Merkel & Claudia Ritzi (Hrsg.), *Die Legitimität direkter Demokratie* (S. 9–48). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Merkel, Wolfgang & Claudia Ritzi. 2017b. Direkte Demokratie oder Repräsentation? Zum Reformbedarf liberal-repräsentativer Demokratie im 21. Jahrhundert. In Wolfgang Merkel & Claudia Ritzi (Hrsg.), *Die Legitimität direkter Demokratie* (S. 227–250). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Milic, Thomas, Bianca Rousselot & Adrian Vatter. 2014. *Handbuch der Abstimmungsforschung*. Zürich: NZZ Verlag.
- Nai, Alessandro. 2013. What Really Matters is Which Camp Goes Dirty: Differential Effects of Negative Campaigning on Turnout During Swiss Federal Ballots. *European Journal of Political Research* 52(1): 44–70. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2012.02060.x>.
- Nidegger, Marie-Claude. 1993. La participation en fonction des caractéristiques du scrutin et de la compétence des citoyens. In Hanspeter Kriesi (dir.), *Citoyenneté et démocratie directe: Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses* (S. 145–165). Zürich: Seismo.
- Nový, Michal. 2016. Explaining Turnout in Local Referenda in the Czech Republic: Does a NIMBY Question Enhance Citizen Engagement? *East European Politics* 32(4): 487–504. <https://doi.org/10.1080/21599165.2016.1183486>.
- Papadopoulos, Yannis (dir.). 1994. *Elites politiques et people en Suisse: analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne: Ed. Réalités sociales.

- Peters, Yvette. 2016. Zero-Sum Democracy? The Effects of Direct Democracy on Representative Participation. *Political Studies* 64(3): 593–613. <https://doi.org/10.1177%2F0032321715607510>.
- Riklin, Alois & Roland Kley. 1981. *Stimmabstinenz und direkte Demokratie*. Bern, Stuttgart: Haupt.
- Schechter, David L. 2009. Legislating Morality Outside of the Legislature: Direct Democracy, Voter Participation and Morality Politics. *The Social Science Journal* 46(1): 89–110. <https://doi.org/10.1016/j.soscij.2008.12.002>.
- Sciarini, Pascal, Fabio Cappelletti, Andreas C. Goldberg & Simon Lanz. 2016. The Underexplored Species: Selective Participation in Direct Democratic Votes. *Swiss Political Science Review* 22(1): 75–94. <https://doi.org/10.1111/spsr.12178>.
- Selb, Peter. 2008. Supersized Votes: Ballot Length, Uncertainty, and Choice in Direct Legislation Elections. *Public Choice* 135(3): 319–336. <http://doi.org/10.1007/s11127-007-9265-7>.
- Søberg, Morten & Thomas P. Tangerås. 2003. Voter Turnout in Direct Democracy: Theory and Evidence: IUI Working Paper, No. 596, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/81245/1/wp596.pdf> (10.01.2021).
- Suksi, Markku. 1996. Finland: The Referendum as a Dormant Feature. In Michael Gallagher & Pier V. Uleri (Eds.), *The Referendum Experience in Europe* (S. 52–65). New York: St. Martin's Press.
- Svensson, Palle. 1996. Denmark: The Referendum as a Minority Protection. In Michael Gallagher & Pier V. Uleri (Eds.), *The Referendum Experience in Europe* (S. 33–51). New York: St. Martin's Press.
- Swissvotes. 2021. Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Datensatz, www.swissvotes.ch (03.04.2021).
- Vatter, Adrian. 2009. Lijphart Expanded: Three Dimensions of Democracy in Advanced OECD Countries? *European Political Science Review* 1(1): 124–154. <https://doi.org/10.1017/S1755773909000071>.
- Vatter, Adrian & Anja Heidelberger. 2013. Volksentscheide nach dem NIMBY-Prinzip? – Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens zu Stuttgart 21. *Politische Vierteljahresschrift* 54(2): 317–336. <http://www.jstor.org/stable/24201234>.
- Vatter, Adrian & Ruth Nabholz. 1995. Der Stimmbürger als Homo Oeconomicus? Ein empirischer Theorientest des Stimmbürgerverhaltens bei kantonalen Kreditvorlagen aus der Schweiz. *Politische Vierteljahresschrift* 36(3): 484–501. <http://www.jstor.org/stable/24198155>.
- Vatter, Adrian, Bianca Rousselot & Thomas Milic. 2018. The Input and Output Effects of Direct Democracy: A New Research Agenda. *Policy & Politics* 47(1): 169–186. <https://doi.org/10.1332/030557318X15200933925423>.

- Vetter, Angelika & Jan A. Velimsky. 2019. Soziale Selektivität bei Wahlen und direkt-demokratischen Abstimmungen auf kommunaler Ebene in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 60: 487–512. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00176-8>.
- Wyller, Thomas C. 1996. Norway: Six Exceptions to the Rule. In Michael Gallagher & Pier V. Uleri (Eds.), *The Referendum Experience in Europe* (S. 139–152). New York: St. Martin's Press.